



Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Landesentwicklungsplan

Drucksache 17/ 817

Der Landtag wolle beschließen:

1.) Der schleswig-holsteinische Landtag stellt fest, dass das Land vor einem demographischen und klimatischen Wandel steht. Der vorgelegte Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) berücksichtigt die Aufgaben vor denen das Land steht nicht hinreichend und gibt keine Antworten.

2.) Der schleswig-holsteinische Landtag stellt überdies fest, dass die Prinzipien „Freiwilligkeit“ und „Kooperation“, die der LEP als Steuerungsinstrumente einsetzen will, vage und ungeeignet sind. Ähnliches gilt auch für die Schulentwicklungsplanung. Auf dieser Grundlage ist keine Entwicklungsplanung möglich. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, den LEP noch einmal grundlegend zu überarbeiten. Dabei sollen folgende Ziele verfolgt werden:

- Schienenstrecken müssen als Landesentwicklungsachsen in einen LEP aufgenommen werden.
- Die Förderung des ÖPNV muss deutlich erhöht werden. Besonders im ländlichen Raum soll die Anbindung außerhalb der Kernzeiten grundlegend verbessert werden
- Die Straßenbaupläne für die Hinterlandanbindung der Fehmarn-Belt-Querung und der Ausbau der A20/A22 mit fester Elbquerung müssen aus dem Plan gestrichen und alle geplanten Spurerweiterungen von Autobahnen zurückgenommen werden.
- Die Planungen zum Flughafen Kaltenkirchen müssen aufgegeben werden.

- Alle bisher landeseigenen Häfen sind in das Konzept mit einzubinden. Sie dürfen weder veräußert noch geschlossen werden.
- Die Windeignungsflächen müssen auf mindestens 2 Prozent der Landesfläche ausgeweitet werden
- Die Verwaltung muss bürgernah erhalten und ausgebaut werden.

Björn Thoroé
und Fraktion